

**Themen der Plenarwoche**

**Josef Hovenjürgen MdL**



Die Landtagsfraktion  
**CDU**

**(KW 48)**

## Aus der Fraktion

### **Attacke auf den Bürgermeister von Altena**

Anfang der Woche wurde der Bürgermeister von Altena, Andreas Hollstein (CDU), von einem Mann mit einem Messer attackiert. Noch aus der Fraktions Sitzung am Dienstag übermittelte der CDU-Fraktionsvorsitzende Bodo Löttgen dem Angegriffenen und seinen Helfern Genesungswünsche zu:

„Aus der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion heraus senden die Kolleginnen und Kollegen dem Bürgermeister von Altena, Andreas Hollstein, gute Genesungswünsche! Wir sind froh, dass Andreas Hollstein heute Morgen bereits den Medien Bericht erstatten konnte und hoffen, dass er seine hoch geschätzte Arbeit sehr bald wieder aufnehmen kann. Ebenso herzlich danken wir den Betreibern des Döner-Imbisses, die durch ihr couragiertes Eingreifen vermutlich Schlimmeres verhindert haben. Erschreckend und verabscheuungswürdig ist dagegen die ausländerfeindliche Motivation des Täters, die sich erkennbar gegen die Politik von Andreas Hollstein richtet. Seine mit dem ersten Integrationspreis des Bundes ausgezeichnete Arbeit verdient jedoch nicht nur Anerkennung und Würdigung, sondern auch tägliche Unterstützung! Diejenigen, die sichtbar und mit Haltung unseren Staat repräsentieren, dürfen sich nicht einschüchtern lassen und brauchen daher Rückhalt in Politik und Gesellschaft.“

### **Neue Erkenntnisse im Fall Anis Amri: Mit Transparenz für die Zukunft lernen**

Wir sind es den Opfern des furchtbaren Anschlags vom Berliner Breitscheidplatz schuldig, die Hergänge des Terroranschlags lückenlos aufzuklären. Das geht nur mit absoluter Transparenz und dem unbedingten Willen, Fehler offen anzusprechen. Nur so können wir Lehren für die Zukunft ziehen.

Die neuen Erkenntnisse zu den Fehlern bei der Auslesung des Handys des späteren Attentäters Anis Amri zeigen wieder einmal, wie wichtig eine Fehleranalyse ist. Es ist

gut, dass Innenminister Reul die Öffentlichkeit proaktiv informiert und gleichzeitig Maßnahmen zur Beseitigung dieser Fehler eingeleitet hat. Auch der vom Innenminister angekündigte Bericht für den Untersuchungsausschuss begrüßen wir sehr. Alle betroffenen Ebenen müssen an einem Strang ziehen, damit Terrorverdächtigen das Leben schwer gemacht wird.

## **Sozialticket erhalten und Konstruktionsfehler beheben**

Der Landtag hat in dieser Woche in einer Aktuellen Stunde über die Zukunft des Sozialtickets debattiert. In der Debatte haben die regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP sich klar dafür ausgesprochen, auch zukünftig ein vergünstigtes Ticketsystem für Bedürftige und Arbeitssuchende zu erhalten. Damit das Angebot jedoch passgenauer ist und von berechtigten Personen tatsächlich angenommen wird, soll das System überarbeitet werden.

Die CDU-Fraktion begrüßt diese Ankündigung des Verkehrsministers ausdrücklich. Für dieses Vorhaben werden CDU und FDP schon im nächsten Haushalts- und Finanzausschuss den Ansatz um die notwendigen 5 Millionen auf 40 Millionen Euro erhöhen. Damit schaffen wir die Voraussetzung, dass die Gespräche mit Kommunen und Verkehrsverbänden über eine Neuordnung des Ticketwesens und eine Attraktivierung des ÖPNV unbelastet von der Debatte der vergangenen Tage fortgeführt werden können. Die NRW-Koalition schafft beides: Sicherheit für die Leistungsempfänger zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass in Nordrhein-Westfalen endlich wieder investiert wird.

## **Perspektiven schaffen – Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen**

Wir wollen die Menschen in Arbeit bringen. Trotz der erfreulich guten Situation auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen und steigender Beschäftigungszahlen, sind immer noch 290.000 Menschen in unserem Land ein Jahr oder länger ohne Anstellung. Jeder einzelne von ihnen ist einer zu viel.

Die NRW-Koalition hat es sich zur elementaren Aufgabe gemacht, die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dabei ist es uns wichtig, die vielfältigen Gründe der Menschen für die mangelnde Teilhabe am Arbeitsmarkt zu erkennen und gezielt Unterstützung anzubieten. Wir verfolgen dabei einen ganzheitlichen Ansatz und wollen bestehende Angebote und Maßnahmen gezielt anpassen und erweitern. Wir setzen uns unter anderem dafür ein, dass die Menschen nah am ersten Arbeitsmarkt ausgebildet werden und dass Zwischenzielen, wie Teilqualifizierungen eine höhere Bedeutung zukommt. Außerdem streben wir eine Verbesserung der Zuverdienstgrenzen für Langzeitarbeitslose an.

Dazu brauchen wir ein vernünftiges System in den Jobcentern und eine solide Finanzierung. Daher werden wir uns im Bund dafür einsetzen, entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen und damit Planungssicherheit zu schaffen. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist gleichbedeutend mit Zukunftschancen, auch für nachfolgende Generationen. Packen wir es jetzt an, die Langzeitarbeitslosigkeit in unserem Land wirksam zu reduzieren.

## **Integrationsstrategie 2030: Integration verbindlich gestalten**

Politische Mitgestaltung für Migrantinnen und Migranten ist ein wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe und ein notwendiger Baustein gelungener Integration. Wer sich mit voller Überzeugung kommunalpolitisch engagiert und die Rahmenbedingungen des Zusammenlebens in seiner Umgebung aktiv mitgestalten möchte, ist in der Regel auch in unserer Mitte angekommen. Wir wollen allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, die Chance auf sozialen Aufstieg eröffnen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Um dies zu erreichen, werden wir die bestehenden Integrationsmaßnahmen evaluieren, bündeln und zusammen mit neuen Ideen zur „NRW-Integrationsstrategie 2030“ zusammenfassen. Es ist wichtig, den Kommunen mehr Gestaltungsfreiheit bei der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten zu geben. Damit werden wir die kommunale Selbstverwaltung und zugleich unsere gelebte Demokratie stärken. Denn die Kommunen haben den besten Überblick, welche Gremien zur Beteiligung von Migrantenvertretern vor Ort am geeignetsten sind – ob Integrationsrat oder Integrationsausschuss. Dadurch kann die Partizipation gesteigert und verbindlicher werden. Wir werden auch in Zukunft eng mit den Kommunen zusammenarbeiten und den Dialog mit den Integrationsräten suchen

## **Neue Opferschutzbeauftragte des Landes: Wir stellen Politik für die Opfer in den Mittelpunkt**

Wir unterstützen die Opfer von Straftaten. Daher begrüßen wir als CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich die Ernennung von Elisabeth Auchter-Mainz zur neuen Opferschutzbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen. Damit bekleidet sie eine enorm wichtige Funktion. Denn wir stehen an der Seite derjenigen, die durch ein Verbrechen oder eine Gewalttat zu Schaden gekommen sind. Anschläge, wie der auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz von vor rund einem Jahr in Berlin zeigen, dass wir die Politik für die Opfer in den Mittelpunkt stellen müssen. Als ehemalige Generalstaatsanwältin von Köln kennt Elisabeth Auchter-Mainz das Rechtssystem. Sie kann die Menschen in ihrer neuen Funktion beraten und sachliche, wie emotionale Hilfestellung geben und gleichermaßen auch als Schnittstelle zur Politik wirken. Die Landesregierung hat die dringende Notwendigkeit der direkten Opferunterstützung

erkannt und unser Land mit der ersten Opferschutzbeauftragten zu einem Vorbild für andere Bundesländer gemacht. Damit setzt die NRW-Koalition ein weiteres Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um. So wird es in Nordrhein-Westfalen schnelle Hilfe für Opfer geben.

## **Aus der Landesregierung**

### **Armin Laschet verleiht den Staatspreis 2017 an Dr. Navid Kermani**

Ministerpräsident Armin Laschet hat den Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen an Dr. Navid Kermani verliehen. „Navid Kermani ist einer der bedeutendsten deutschsprachigen Schriftsteller unserer Zeit. Er beschäftigt sich in seinen zahlreichen Publikationen und Reden mit Sprache und Literatur, mit Religion und Politik, mit europäischer Integration und globaler Migration, mit dem Rätsel, was eigentlich Identität ausmacht. Dabei erweist er sich als Intellektueller mit Alltagsrelevanz, weil er durch kluge Gedanken, kritische Betrachtungen und differenzierte Argumentation zum guten Zusammenleben in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa wesentlich beigetragen hat und weiter beiträgt. Er ist ein Brückenbauer zwischen den Kulturen und ein Vordenker des Zusammenlebens in Vielfalt“, sagte der Ministerpräsident bei der feierlichen Verleihung des Staatspreises im Kölner Gürzenich vor etwa 600 Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft.

Die Laudatio auf den 55. Träger der höchsten Auszeichnung, die das Land Nordrhein-Westfalen zu vergeben hat, hielt der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Wolfgang Schäuble. Die Schauspielerin Eva Mattes las Texte von Navid Kermani. Auf Musik wurde bei dem Festakt verzichtet. Ministerpräsident Laschet: „Wir wollen heute das Wort feiern!“ In einer Zeit, so der Ministerpräsident, in der unsere Kommunikation immer stärker von SMS und Messengernachrichten bestimmt werde, brauche man „das Wort und die Meisterinnen und Meister des Wortes auch in Zukunft dringend, um zu verstehen, was in Menschen vorgeht, um in die Tiefe der Personen und der Dinge zu gelangen. Wir müssen den Wert des Wortes hochhalten und die Kultur des literarischen Wortes pflegen.“ Navid Kermani sei ein solcher „Meister des Wortes“ und verdiene den Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen.

Dr. Navid Kermani ist als Sohn iranischer Eltern in Siegen geboren und lebt in Köln. Am Tag der Preisverleihung feiert Herr Kermani seinen 50. Geburtstag. Der Staatspreis wurde 1986 als höchste Auszeichnung des Landes Nordrhein-Westfalen gestiftet. Der Preis ist mit 25.000 Euro dotiert.

### **Land unterstützt 22 Breitband-Projekte mit einer Gesamtförderung von mehr als 200 Millionen Euro**

Wirtschafts- und Digitalminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart hat 20 Zuwendungsbescheide für den Breitbandausbau an 17 Kreise und Kommunen übergeben. Durch die mit über 88 Millionen Euro Landesmitteln geförderten Projekte werden rund 37.000 Haushalte und mehr als 1.900 Unternehmen an die schnellen Breitbandnetze angeschlossen. An drei Förderprojekte in Leverkusen, Monschau und Olsberg werden erstmals Mittel aus dem „Sonderaufruf Gewerbegebiete“ des Bundes vergeben.

Mit der Übergabe der Förderbescheide löst die Landesregierung ihr Versprechen ein, alle Projekte in Nordrhein-Westfalen, die eine Bundesförderung erhalten, mit Landesmitteln kofinanzieren. Für die nachfolgenden Projekte fließen neben 88 Millionen Euro Landesmitteln mehr als 101 Millionen Euro Bundesfördermittel und etwa 11,5 Millionen Euro Eigenanteil der Kommunen in die digitale Infrastruktur des Landes.

## **Brexitverhandlung: Ministerpräsident Laschet spricht mit britischem Handelsminister und mit EU-Chefverhandler**

Ministerpräsident Armin Laschet hat den britischen Staatsminister für Handel und Investitionen, Greg Hands, zu einem Gespräch im Landeshaus empfangen. Thema waren die Beziehungen zum Vereinigten Königreich in Zeiten des Brexit. Der Staatsminister trug sich zudem in das Gästebuch der Landesregierung ein. Armin Laschet betonte das große Interesse der Landesregierung an möglichst engen wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich auch nach dem Brexit: „Die Freundschaft bleibt, aber das angekündigte Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus Binnenmarkt und Zollunion hat auch Auswirkungen auf unsere wirtschaftlichen Beziehungen. Denn unsere Wirtschaft ist mit der britischen über zahlreiche Wertschöpfungsketten eng verknüpft.“

Mit einem Handelsvolumen von 22,3 Milliarden Euro (in 2016) ist das Vereinigte Königreich der viertwichtigste Handelspartner des Landes. 1500 britische Unternehmen haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen, darunter BP, Dyson und Vodafone. Nordrhein-Westfalen unterstützt die Verhandlungsführung der Europäischen Kommission zum Brexit durch Michel Barnier, den Ministerpräsident Armin Laschet bereits am Dienstag zu einem Gespräch traf. Die Landesregierung hat Friedrich Merz zu ihrem Beauftragten für die Folgen des Brexit und die transatlantischen Beziehungen ernannt.

Ministerpräsident Armin Laschet wies darauf hin, dass die Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich weit über Handel und Wirtschaft hinausgehen. „130 Städtepartnerschaften, fünf Vereine der Deutsch-Britischen Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen und zahllose persönliche Freundschaften werden den Brexit überdauern und helfen uns zugleich, seine Folgen in den Griff zu bekommen,“ so Laschet.

## **Arbeitsgruppe der Landesregierung berät Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität in Ballungsräumen**

Die Landesregierung unterstützt die Bezirksregierungen und Kommunen bei der Umsetzung und Fortschreibung der jeweiligen Luftreinhaltepläne. Unter anderem berät die regelmäßig tagende interministerielle Arbeitsgruppe „Verbesserung der Luftqualität in nordrhein-westfälischen Ballungsräumen“ Maßnahmen und deren Potentiale zur Senkung der Stickoxidbelastungen in den Städten und Regionen. Darüber hinaus gewährleistet die interministerielle Arbeitsgruppe einen engen Austausch über die Aktivitäten der einzelnen Ressorts und die Ergebnisse der Expertengruppen auf Bundesebene zur Luftreinhaltung.

Die Liste potentieller zusätzlicher Maßnahmen reicht vom Verkehrs-, Parkraum- und Mobilitätsmanagement, über die Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV bis hin zum Ausbau von Radwegen und Radschnellwegen, der Förderung von Elektromobilität und alternativer Kraftstoffe. Mit Unterstützung des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) und externer Gutachter hat die Arbeitsgruppe für einzelne Maßnahmen bereits erste fachlich plausible Abschätzungen vorgenommen. Eine Gesamtbilanzierung und abschließende Bewertung ist derzeit noch nicht möglich.

Gemeinsames politisches Ziel der Landesregierung ist es, den Ausstoß und damit die Belastung mit gesundheits- und umweltgefährdenden Stickoxiden so schnell wie möglich und so weit wie möglich zu reduzieren, um die Luftqualitätsgrenzwerte flächendeckend einzuhalten. Die Landesregierung lehnt Dieselfahrverbote ab und strebt an, die Grenzwerte durch geeignete andere Maßnahmen zu erreichen. Dazu gilt es, alle Maßnahmen und Potentiale auszuschöpfen, die einen geringeren Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger bedeuten als Fahrverbote für Verbrennungsmotoren. Die Landesregierung ist auf Grundlage der ersten Abschätzungen zuversichtlich, dass die Grenzwerte auch ohne Dieselfahrverbote erreicht werden können. Ziel der Landesregierung ist es weiterhin, die vielfältigen Anstrengungen der verschiedenen Akteure zu stabilisieren und weiter zu entwickeln.